

www.chip.de

Alles Abzocke: Die fiesesten Internet-Fallen

Miese Methoden

Carl Schneider

Im Netz tummeln sich jede Menge skrupellose Gestalten. Wer den miesen Geschäftemachern auf den Leim geht, wird meist kräftig zur Kasse gebeten. Wir zeigen die übelsten Tricks der Abzocker und wie Sie sich davor schützen.

Versteckte [Abo-Fallen](#) im Kleingedruckten, teure [Pseudo-Tests](#), kostenpflichtige [Gratis-Downloads](#), dubiose [Job-Angebote](#) und vieles andere mehr: Im Internet wird getarnt, getäuscht, getrickt und sogar mit dem Vertrauen der User in [Verbraucher-Foren](#) Schindluder getrieben. Wer tut denn so etwas, fragen Sie? Völlig skrupellose Geschäftemacher tun das - und das, um möglichst viel Geld mit möglichst wenig Aufwand zu verdienen.



Lauernde Gefahr: Vorsicht vor dem Nepp im World Wide Web.

Gegen den Nepp im Web

Geben Sie den üblen Tricksern deshalb erst gar keine Chance. Wir decken die fiesesten Internet-Fallen auf und sorgen dafür, dass Sie nicht Opfer der miesen Abkassierer werden.

Irreführung: Gratis-Downloads gegen Gebühr

Wo gratis draufsteht, muss nicht unbedingt gratis drin sein: Dubiose Download-Portale locken via Google-Werbung für Freeware-Angebote jede Menge Nutzer auf ihre Seiten. Tatsächlich vertickern sie kostenpflichtige Abos.

Wie kann man mit Freeware, die doch vom Urheber ganz bewusst kostenlos zur Verfügung gestellt wird, eigentlich Geld machen? Ganz einfach: Man betreibt ein Download-Portal wie **Opendownload.de** und wirbt dafür bei Google. Einmal auf der Startseite von Opendownload gelandet, finden unbedarfte Nutzer etwa einen Teaser für die Bürosuite OpenOffice und allgemeine Hinweise zu möglichen Mitgliedsvorteilen. Was sie hingegen nicht finden, ist ein Hinweis darauf, dass die Mitgliedschaft etwas kostet. Kein Wunder also, dass sie weiterklicken.



Opendownload.de: Widerruf per Klick ausgeschlossen.

Das passiert: Nachdem man sich über die Infoseite des Programms zum Downloadbutton vorgekämpft hat, folgt auf den nächsten Klick die Aufforderung zum Login. Noch kein Mitglied? Also erst einmal anmelden - und dann kommt `s richtig dicke: Nicht nur dass ein Blick ins Kleingedruckte neben der Eingabemaske offenbart, dass ein monatlicher Mitgliedsbeitrag von 8 Euro und zwei Jahre Laufzeit drohen. Nein, wer gewohnheitsmäßig den Haken zum Akzeptieren der AGBs setzt - und wer tut das nicht - verzichtet gleichzeitig auf sein gesetzliches Widerrufsrecht. Wer darauf reinfällt, zahlt **mindestens 192 Euro** für Software, die in den meisten Fällen überall gratis zum Download bereit steht.

Noch ein Abo statt Gratis-Software

Wegen der Medienpräsenz beinahe schon berühmt-berüchtigt und bereits im Visier des Betrugsdezernats der Kriminalpolizei Esslingen ist das Portal **mega-downloads.net**. Auch die Verbraucherzentralen haben sich schon der Seite angenommen: "Wer auf der Suche nach kostenlosen Programmen wie Mozilla Firefox oder Virenschutz auf die Seite von mega-downloads.net



Mega-downloads.net: Mit redaktioneller Masche.

gerät, sollte die schleunigst wegeklicken."

Warum wohl? Vielleicht, weil ahnungslose Surfer, die dort ihre persönlichen Daten eingegeben haben, saftige Rechnungen über ein zweijähriges kostenpflichtiges Abo in Höhe von **96 Euro jährlich** erhielten. Oder vielleicht ja auch, weil die mit Kosten verbundene Abo-Verpflichtung bei der Anmeldung - zumindest in der Vergangenheit - für sie nicht erkennbar war. Und wofür die 192 Euro? Für Programme, die sich die User auf anderen Seiten kostenfrei herunterladen können, sowie angeblich "redaktionell aufbereitete Inhalte zu verschiedenen Themen".

Sex sells: Bei der Jungfrau am Haken

Ganz klar, dem Manne geht's wie dem Fisch: Der Köder muss ihm schmecken. Hängt er allerdings erst einmal am Haken, kann ihm schnell der Appetit vergehen. Deshalb unser guter Rat unter Anglern: Nicht alles was im Netz in Sachen Sex angeblich gratis angeboten wird, sollten Sie sich auch antun.

Wenn gar nichts geht, Sex geht im Internet immer. Das weiß zum Beispiel auch die Consumer Content Consulting GmbH (CCC). Denn wer sich beim Web-Schaufensterbummel rein zufällig auf **XXX-testen.de** verirrt, dem offeriert das Unternehmen ein unmoralisches Test-Angebot: einen 90-minütigen Hardcore-Pornofilm für null Euro. Da schlagen echte Männerherzen höher, das Blut weicht aus dem Hirn und schon ist's passiert. Kleiner Haken: Der Gratis-Test dient nur als Köder für eine sündhaft teure Mitgliedschaft im Club der Triebgesteuerten. Die läuft laut Kleingedrucktem mindestens 14 Monate, wobei das Mitglied **alle zwei Monate** einen Porno-Film zum Preis von bis zu **25 Euro** zugesandt bekommt. Einzige Ausnahme: Der Teilnehmer schickt den noch versiegelten Test-Film innerhalb von 14 Tagen an CCC zurück. Bleibt die Frage: Wie um Himmels Willen soll man(n) das Angebot ohne Bruch des Siegels testen?



XXX-testen.de: Ein echt unmoralisches Angebot.



IchWillPornos.com: Bei den jungen Damen am Haken.

3 Tage Spaß, 720 Tage zahlen

Damit es gar nicht erst zu Missverständnissen kommt: Bei **IchWillPornos.com** ist der Name Programm. Dort gibt's nämlich laut Untertitel "3 Tage: Pussys, Pussys, Pussys" - kostenlos und risikofrei. Ja, schön wär' s! Mag zwar sein, dass Sie nach der Anmeldung 72 Stunden lang Hunderte Cams, Tausende Videos und 100.000 XXX-Bilder gratis genießen können. Aber nach Ablauf des dreitägigen sogenannten Testabo wird's so richtig teuer. Denn für

jeden weiteren Tag im Club fällt eine Gebühr von einem Euro an. Bei einer Pflichtmitgliedschaft von mindestens 18 Monaten (laut Homepage) bzw. 24 Monaten (laut AGBs) macht das immerhin über **720 Euro** - und das mit drei- bzw. sechsmonatiger Vorauszahlung. Um die lange Zwangsmitgliedschaft im Porno-Club abzuwenden, soll der Nutzer das Testabo jederzeit innerhalb der drei Gratis-Tage kündigen können. Doch ob man allen Ernstes einem Anbieter trauen sollte, der irgendwo unter einem Londoner Briefkasten firmiert, eine Kontaktadresse in Serbien angibt und auf seiner Seite unterschiedlich lange Vertragslaufzeiten kommuniziert?!

Foren-Fake: Falscher Rat von falschen Freunden

Abo-Opfer suchen in Internet-Foren häufig Unterstützung und konkrete Hilfe. Doch wer Pech hat, trifft dort nicht immer auf Gleichgesinnte: Hinter mancher vermeintlichen Hilfeseite im Netz verbergen sich nämlich die Abzocker selbst - und geben Ratschläge, die die Betroffenen zur Zahlung bewegen sollen.

Sie sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems: Verbraucherschutz-Seiten, die die Abkassierer in Wahrheit selbst betreiben. Sie glauben, das gibt's nicht? Schauen wir uns doch mal das Trauerspiel der Truppe von **AZ**



Web Content Ltd. und ihres Direktors **Bruno Windschers** in zwei Akten an:

leemm.com: Gutscheine-Journal im Jahresabo.

Erster Akt: Per Spam-Mail anlocken

Die E-Mail landet unaufgefordert im Postfach, die Gratis-Digicam winkt - und dann wird klar: Die Firma "AZ Web Content Ltd." vertreibt unter Domains wie **leemm.de** oder **leemm.com** Abos für ein Gutscheine-Journal. Das monatlich erscheinende Online-Magazin verspricht laut Eigenwerbung des Betreibers "eine Auslese der aktuellen Gutscheine-Welt... dass leemm.com-Journal bietet alles, was das Herz begehrt." Hoffentlich! Denn wer seinem Herzen eine Freude bereiten will, ist nach Ablauf der zweiwöchigen Testphase mit einer fetten Jahres-Abogebühr von **96 Euro** dabei - per Vorauskasse versteht sich. Mittlerweile ist der Kostenhinweis samt zweiwöchigem Widerrufsrecht zwar mehr oder minder deutlich sichtbar auf der Seite. Doch dem war laut jurablogs.com offenbar nicht immer so. Und selbst wenn: Ob ein eingereicherter Widerruf den Adressaten jemals fristgerecht erreicht? Darauf wetten würden wir jedenfalls nicht!

Zweiter Akt: Mitgefühl heucheln und falsch beraten

Ob mit oder ohne Kostenhinweis: So mancher Nutzer rutscht(e) hier unbeabsichtigt in die Abofalle - und fragt(e) sich bei Eingang der Rechnung: Zahlen oder nicht zahlen? Unschlüssig wie er ist, sucht er deshalb guten Rat im Internet und wird fündig: Auf **anti-abofalle.com** findet er über Google User, die sich offenkundig ebenfalls von der "AZ Web Content Ltd" über den Tisch gezogen fühlen. So heißt es etwa auf anti-abofalle.com: "Hey Leute...Seid Ihr, wir auch, auf die AZ web content von Bruno Windschers, mit seiner Seite leemm.com, reingefallen? Dann seid Ihr hier genau richtig..." Im weiteren schildert der Betroffene, was er bis zum Eingang des gerichtlichen Mahnbescheids alles unternommen und nicht unternommen hat, um die Abo-Zahlung von 96 Euro zu vermeiden. Schlussendlich blieb ihm nur die Einschaltung eines Rechtsanwalts. Zahlen musste er trotzdem - und auch der Anwalt wollte Geld sehen. Dankenswerterweise hätten die Gutmenschen von der "AZ Web Content" Ratenzahlung akzeptiert, wie überhaupt der Anbieter in dem Beitrag überraschend gut wegkommt. Abschließendes Fazit des vorgeblichen Abo-Opfers: "!!Spart Euch den Anwalt und zahlt von vorn herein die 96 € auf einen Schlag oder macht einen Vertrag über Ratenzahlung!!" Wenn das mal kein guter Rat ist!



Fiese Doppel-Strategie: Erst Abo vertreiben, dann Hilfe-Forum betreiben.

Bitter nur, dass das Ganze gefaked ist und anti-abofalle.com von keinem anderem als Bruno Windschers höchstselbst betrieben wird (siehe Screenshot). Mehr noch - auch hinter anderen Seiten wie etwa **anti-leemm.com**, **forum-gegen-abzocke.com** usw. verbirgt sich der clevere Geschäftemacher. Dieser schreckt nicht einmal davor zurück, unter **userschutz.com** einen angeblichen Pressebericht zu lancieren. Darin heißt es u.a.: "Verbraucherinitiativen raten

dazu, den offenen Betrag schnell zu zahlen oder eine Ratenzahlung zu vereinbaren. Rechtsexperte Dietmar F. rät den Betroffenen ausdrücklich davon ab, sich einen juristischen Beistand zu nehmen."

Zahlen statt wehren

Letztlich dient alles nur dem Zweck, möglichst viele Abo-Opfer so zu verunsichern, dass sie lieber zahlen als ihr gutes Recht durchsetzen. Mehr noch: Die zahlreichen vermeintlichen Verbraucherschutz-Seiten sind derart SEO-optimiert, dass sie in der Trefferanzeige bei Google ganz weit vorne landen und wirklich hilfreiche Foren nach hinten drängen. Wer konkrete Hilfe im Netz sucht, landet damit fast zwangsläufig auf einer von Windschers Fake-Seiten. Und läuft Gefahr, durch die Manipulation eine zweites Mal zum Opfer zu werden.

Riskanter Nebenjob: Als Paketbote in den Knast

Spam-Mails mit dubiosen Job-Angeboten landen täglich im Postfach - und kein Hahn kräht mehr danach. Doch nun ist eine Masche aufgetaucht, die sogar das Bundeskriminalamt auf den Plan ruft.

Cybernet-Gangster entwickeln ständig neue Methoden, um bei ahnungslosen Opfern kräftig abzukassieren. Das Bundeskriminalamt (BKA) warnt jetzt vor Kriminellen, die mit Hilfe von ungezielt gestreuten



Spam-Mails sogenannte **Warenagenten** anwerben. Dazu versenden sie Job-Angebote wie dieses:



Tatort eBay: Pakete gehen an die Adresse der Warenagenten.

„Betreff: 7858 pro Monat ist vorstellbar
Anlieferer gesucht!!!
Auch fuer Fruehrentner geeignet! Ein Fahrzeug kann gestellt werden.
Bewerbung bitte an xxx“

Die Job-Beschreibung

Die Warenagenten haben die Aufgabe, Pakete entgegenzunehmen und diese gemäß den Vorgaben der Täter weiterzuleiten. Der Verdienst wird auf Provisionsbasis in Aussicht gestellt - angeblich 30 Euro pro weitergeleitetem Paket. Darüber hinaus sollen Versand- und Benzinkosten erstattet werden. Um das Arbeitsangebot seriös erscheinen zu lassen, übersenden die Täter nach Kontaktaufnahme echt wirkende Arbeitsverträge - etwa aus dem Bereich der Kurier- oder Paketdienstleistungsbranche.



Packstation: Tag und Nacht Anlaufstelle für Warenagenten. (Foto: DHL)

Die Masche und was dahintersteckt

Die Täter übernehmen Kundenkonten von Online-Auktionshäusern wie eBay mit dem Ziel, über diese Accounts hochpreisige Produkte zu ersteigern. Die Waren werden nach Änderung der Empfängeradresse im Konto vom ahnungslosen Verkäufer an die

zuvor angeworbenen Warenagenten verschickt. Die Bezahlung übernehmen die Gauner selbst - mit Geld, das sie zuvor illegal von Online-Bankkonten abgehischt oder per Kreditkartenbetrug kassiert haben. Sobald die Pakete bei den angeworbenen Warenagenten eintreffen, sollen diese sie an vorgegebene Adressen weiterleiten oder an Packstationen der Post versenden. Dadurch gelangen die kriminellen Job-Anbieter anonym an mit fremdem Geld bezahlte Waren, die sie anschließend weiterveräußern können.

Das Bundeskriminalamt warnt

Personen die sich auf die falschen Job-Angebote einlassen und die widerrechtlich erlangten Waren weiterleiten, können sich strafbar machen und müssen darüber hinaus mit zivilrechtlichen Ansprüchen bei der Regulierung entstandener Schäden rechnen. Das Bundeskriminalamt rät daher: Antworten Sie nicht auf E-Mails, die in der oben angegebenen Form an Sie versandt werden. Lassen Sie sich nicht durch dubiose Jobangebote als "Warenagent" anwerben.

Idioten-Tests: Null Info für 100 Euro

Sie machen sich Gedanken über Ihre Zukunft? Wie steht's mit Ihrer Intelligenz? Sind Sie ein romantischer Typ? Und wie alt Sie wohl werden? Antwort auf diese und andere wichtigen Fragen gibt bestimmt ein Online-Test. Wer daran teilnimmt, fragt sich nur noch: Wo ist denn mein Geld geblieben?

Zu den blödesten Themen stellen diverse Anbieter irgendwelche Pseudo-Tests ins Netz. Da steht angeblich Ihre Persönlichkeit auf dem Prüfstand, es werden Prognosen zur Lebenserwartung abgegeben oder Online-Horoskope erstellt. Aus ein paar Angaben entsteht dabei eine allgemein gehaltene Einschätzung bzw. wird ein Testergebnis ermittelt.

Einziger Zweck der ersulteten Testerei: Kräftig Kohle scheffeln - und zwar Ihre. Denn dass für die Teilnahme Gebühren anfallen, versteht sich fast von selbst. Angesichts der Aufmachung der Anmeldeseiten erschließt sich das den Nutzern allerdings meistens nicht oder zumindest nicht unmittelbar. Denn Infos unter der Anmeldemaske oder die oft hinter einem Link verborgenen AGB haken die Probanden eher beiläufig ab.



When-i-must-die.com: Alter schützt vor Torheit nicht.

Altersschwachsinn

Für eine Prognose in Sachen Lebenserwartung etwa verlangt der Betreiber von **when-i-must-die.com** satte **99,95 Euro**. Geradezu ein Schäppchenpreis, wenn man das mit den **118 Euro** jährlich vergleicht, die auf **lebensprognose.com** für den Schwachsinn anfallen. Doch ob es wirklich schlauer ist, stattdessen auf **meiniq.com** auszuweichen? Wer dort seine

Intelligenz, Sinnlichkeit oder Selbstachtung testen möchte, zahlt immerhin **29,90 Euro** für den Monatszugang.



Astrocenter.de: Sag mir, wie die Sternlein stehen.

Die Sterne lügen (nicht)

Für Horoskope aller Art, Tarotziehungen und ähnlich wissenschaftlich fundierte Blicke in Ihre Zukunft stehen die Sterne auf **astrocenter.de** ziemlich gut. So können Sie sich dort aktuell zum Beispiel die Sterne fürs Jahr 2009 deuten lassen. Entscheiden Sie sich dabei gleich fürs Horoskope-Bundle aus "Liebe & Beziehung", "Beruf & Karriere" und "Glückszahlen", zahlen Sie nur **20,99 statt 29,43 Euro**. Nicht

außerirdisch genug? Als absolut unterirdische Abo-Alternative vom anderen Stern bietet sich der Service von **sternenhoroskop.de** an. Das als persönlich beworbene Horoskop kommt täglich frisch per Mail oder SMS ins Haus. Allerdings: So ganz persönlich ist die seit Jahren bewährte Vorausschau natürlich nicht, im Kleingedruckten ist nur noch vom "sternzeichenspezifischem Horoskop" die Rede. Dafür zahlen Sie **monatlich 9,90 Euro** bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Der Betrag ist jeweils für 6 Monate im Voraus zu entrichten. Ob das eine glänzende Zukunft verspricht?

Inkasso-Stalking: Einschüchtern und abkassieren

Wer nicht zahlen will, soll fühlen: Um ihre Opfer unter Druck zu setzen, drohen die unseriösen Anbieter gerne mal mit dem Inkassobüro oder einem Mahnschreiben vom Anwalt. Das sollten Sie nicht so ernst nehmen.

Ein ganz normaler Geschäftsvorgang: Wer eine Geldforderung gegenüber einem Schuldner nicht durchsetzen kann, schaltet nach diversen erfolglosen Mahnungen ein Inkassobüro ein. Weniger normal: Auch die Internet-Abzocker tun das oder tun zumindest so, wenn sich ihre Opfer aus gutem Grund weigern zu zahlen. Liegt so ein Schreiben vom Inkassobüro im Briefkasten, geben die Betroffenen oft klein bei und bezahlen dann doch. Denn beinahe jeder, der Inkasso hört bzw. liest, denkt sofort an Gerichtsvollzieher, Prozess oder hohe Kosten. Und manche fürchten auch die Blamage, wenn die Nachbarn davon erfahren.



Wegklicken: Dann klappt's auch mit dem Nachbarn.

Nachbarschaftsstreit

Stichwort Nachbarn. Im Visier der Verbraucherzentralen (VZ) steht aktuell der Betreiber von **Nachbarschaftspost.com**. Der lockte offenbar Nutzer per Anruf mit dem Hinweis auf die Seite, ein Nachbar hätte eine wichtige Nachricht hinterlegt, die mit einem Zahlencode abgefragt werden kann. Der Code wurde gleich telefonisch mit durchgegeben. Wer sich in der Hoffnung auf die versprochene Nachricht anmeldete, tappte ungewollt in die übliche Abofalle. Nach einer 14-tägigen kostenlosen Testphase geht der Nachbarschafts-Service in ein zweijähriges Abo über, das monatlich 9 Euro kostet - also insgesamt **216 Euro**. Die VZ rieten daher dazu, die Zahlung zu verweigern.

Inzwischen landen massenweise Rechnungen bei den Betroffenen - verschickt durch ein Inkassobüro aus Eschborn. Die Seite selbst existiert im übrigen immer noch. "Lassen Sie sich von den haltlosen Forderungen nicht einschüchtern", so der Rat von Barbara Steinhöfel, Referentin für Telekommunikation und Medien bei der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz. "Unseriöse Anbieter versuchen immer wieder, dadurch ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und abzukassieren."



Mustergültig: Leere Drohung vom Inkassobüro.

Nichts als leere Drohungen

Generell müssen Sie das Inkasso-Stalking von "nachbarschaftspost.com" und Konsorten nicht fürchten. Ein Inkassoschreiben ist kein amtliches Dokument, sondern nichts anderes als eine ganz normale Mahnung, außer dass "Inkasso" draufsteht und noch einige Euro auf die Forderung draufgeschlagen werden. Die angedrohten Maßnahmen (Gerichtsvollzieher, Pfändung, Vollstreckung) dienen allein dazu, die Empfänger einzuschüchtern. Ein

Inkassouro kann nicht einfach so pfänden oder vollstrecken. Und selbst wenn Sie ein gerichtlicher Mahnbescheid erreichen würde, brauchen Sie diesem laut Juristen nur zu widersprechen. Denn dann prüft das Gericht, ob die Forderung berechtigt ist, wobei die Abzocker das rechtmäßige Zustandekommen des Vertrages beweisen müssten. Und damit ist angesichts der angewandten Methoden nicht zu rechnen.

Lassen die dubiosen Anbieter trotzdem nicht locker, helfen die Beratungsstellen der Verbraucherzentralen. Grundsätzlich lautet deren Rat: Nicht zahlen oder von haltlosen Drohungen einschüchtern lassen. Wer sich durch die Mahnschreiben bedroht fühlt, sollte Strafanzeige bei der örtlichen Polizeidienststelle erstatten.

Surftipps: Keine Chance für Abzocker

Infos, Software, Videos, Kontakte und, und, und: Im Web wimmelt es vor vermeintlichen Gratis-Angeboten. Oft stecken jedoch nur schwarze Schafe der Internet-Branche dahinter. So verhindern Sie, dass die Abzocker ungeschoren davonkommen.

Nicht alles und jedem glauben

Im Netz gibt es zwar viele Dinge umsonst, doch bei allzu großzügigen Offerten sollten Sie schon mal stutzig werden. Misstrauen Sie Anbietern, die Sie nicht kennen oder die sich nicht klar zu erkennen geben. Ganz wichtig: Kaufen Sie den Seitenbetreibern nicht alles vorbehaltlos ab und seien Sie sich stets der möglichen Risiken bewusst.



Verbraucherzentralen: In ganz Deutschland eine gute Adresse.

Auf wichtige Angaben achten

Die Anbieter sind gesetzlich dazu verpflichtet, die Preise und Kosten sowie die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Widerrufsbelehrungen für ihre Services deutlich sichtbar darzustellen. Fehlen solche Angaben auf der Seite oder tauchen nur ganz versteckt irgendwo auf: Lassen Sie am besten die Finger von der Tastatur.

Impressum lesen

Für die Kontaktaufnahme - etwa bei Reklamationen - stehen bei seriösen Anbietern im Impressum oder an ähnlicher Stelle alle wesentlichen Kontaktdaten. Bei den schwarzen Schafen hingegen finden sich dort meist nur irgendwelche Postfachadressen oder oft sogar Anschriften im Ausland. So werden Beschwerden und die Durchsetzung von Ansprüchen nahezu unmöglich.



Klicksafe.de: Nützliche Infos für Eltern und Kinder.

Das Kleingedruckte studieren

Ob deutlich sichtbar oder gut versteckt: Prüfen Sie den Inhalt im Kleingedruckten ganz genau, bevor Sie sich irgendwo anmelden. Sonst entgehen Ihnen zum Beispiel mögliche Mindestlaufzeiten oder Hinweise, dass Sie mit der Anmeldung auf Ihr Widerrufsrecht verzichten.

Persönlichen Bedarf klären

Nutzen Sie nur Services, die Sie wirklich brauchen. So eine vermeintlich kostenlose Hardcore-DVD kann zwar ihre Reize haben. Doch wenn sich das Ganze zum teuren Abo auswächst, hat der Spaß ein Ende.

Alles dokumentieren

Wenn Sie sich irgendwo anmelden oder etwas bestellen: Machen Sie möglichst Screenshots von allen Bildschirmhalten und Ihren Angaben. Ändert ein Anbieter im Nachhinein die Gestaltung seiner Seiten, können Sie so mögliche Unrechtmäßigkeiten dokumentieren.

Vorsicht bei Registrierungen

Bei Gratis-Angeboten im Internet müssen Sie sich häufig mit Ihren persönlichen Angaben registrieren. Um zu verhindern, dass Ihr Posteingang mit unerwünschter Werbung zugemüllt wird, sollten Sie eine extra für diesen Zweck eingerichtete "Müll-Mailadresse" nutzen.

Miese Geschäftemacher ausspähen

Nutzen Sie Angebote wie "Computerbetrug.de" oder "Antispam.de", um sich über die aktuellen Tricks der Internet-Abzocker auf dem Laufenden zu halten. Auch auf den Webseiten der Verbraucherzentralen (www.verbraucherzentrale.info) finden

Sie zahlreiche nützliche Infos und Tipps sowie Musterbriefe, um sich gegen die Abzocker zu wehren.

Kinder und Jugendliche ermahnen

Ihre Kinder gehen online? Dann machen Sie Ihren Nachwuchs auf die finanziellen Gefahren beim Internet-Einsatz aufmerksam und erklären ihm die typischen Vorgehensweisen der Abzocker.

Außerdem gilt: Wenn Sie als Eltern von Minderjährigen einem Vertrag nicht ausdrücklich zustimmen, braucht in der Regel auch nicht gezahlt werden. Nützliche Informationen zum Thema Kinder und Internet-Nutzung finden Sie zum Beispiel unter www.klicksafe.de.

© CHIP Xonio Online GmbH 2008